

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 3 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 3 Mark, Reklame 9 Mark, für Versammlungsanzeigen 50 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Zum neuen Jahre

entbieten wir allen Mitgliedern,
sowie den Freunden und
Förderern unseres Verbandes

herzliche Glück- und Segenswünsche.

Redaktion und Vorstandsvorstand.

Ins neue Jahr

Die Weihnachtsklänge sind verklungen, der rauhe Winter tritt wieder in seine Rechte. Wenn wir unseren Blick rückwärts lenken, dann erscheint uns dieser Winter wie ein Schrecken ohne Ende. Sorge und Not stehen an seiner täglichen Schwelle, sie erfassen uns mit eisernen Krallen und lassen uns nicht los. Keine Freude will nicht über uns kommen, kann nicht kommen, weil dieses Gespenst uns dauernd über die Schulter spuckt, uns martert und quält. Soll's so bleiben, soll's nicht wieder besser werden? Soll nicht wieder warmer Sonnenschein unser Dasein durchfluten und den Worten Frieden und Versöhnung einen anderen, einen schöneren Klang in unseren Herzen verleihen, den Glauben an Güte und Barmherzigkeit in uns neu beleben, und das armselige Leben unserer Armen und Bedrückten mit neuem besserem Inhalt erfüllen?

Diese Fragen stellen, heißt sie nicht beantworten, weil das nicht allein in unserer Macht liegt. Andere haben diese Macht über uns, ihrem Willen sind wir untertan, ihnen müssen wir uns, wenn auch zähneknirschend, beugen. Und die diese Macht über uns haben, denken an das Glück ihrer eigenen Landeskinder, ihre Sorge um uns reicht nur so weit, wie man uns loben arbeitsfähig erhalten muß, um das leisten zu können, was sie im Interesse ihrer Völker von uns hoffen und fordern. Paris und London sind weit von unserem Elend, nur wenige sehen bei uns die Wirklichkeit, andere wollen sie nicht sehen, wenn es nicht in die Pläne ihrer Staatsmänner und in die Aspirationen ihrer ehrgeizigen, politischen Streber paßt. In Frankreich findet der doch immer den stärksten Beifall, der zu noch immer drückenderen und demütigenderen Maßnahmen gegen uns auffordert. Das muß man beachten. Die Stimme der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit auch gegen das deutsche Volk ist in der Welt noch sehr dünn und daher hilflos und schwach.

Die Ursache unseres heutigen Elends, unserer Sorge und Not, warum unser Wiederaufstieg so hoffnungslos verbaut erscheint, ist auf eine einzige große Ursache, auf den Versailler Friedensvertrag und seine Sachwalter zurückzuführen.

Wird das alles so bleiben, wie es jetzt ist? Werden die nationalen Demütigungen dauernd hingenommen werden müssen? Wird die politische Unselbständigkeit nicht von der freien Selbstbestimmung des deutschen Volkes abgelöst? Werden die wirtschaftlichen Ketten dieses Vertrages Knappheit und Leuerung an dem notwendigsten zum Leben zu einem Dauerzustand für uns machen, und als Folge all den elenden Tugenden, die immer weiter um sich fressende Korruption?

Kein Volk wird auf die Dauer diese Ketten tragen. Fraglich bleibt nur die Zeit, die erforderlich ist, um ein solch unmenschliches Joch von sich zu werfen.

Das hängt von dem betroffenen Volke selber ab. Von seinem Willen, von seiner Einsicht, von seiner Einigkeit und Entschlossenheit.

Wenn wir diese Frage stellen, dann möchte man, allerdings rein äußerlich genommen, am deutschen Volke verzweifeln. Von Fiebersehauern wird unser politisches und soziales Leben durchraut, die keine innere Sammlung und Kräftigung aufkommen zu lassen scheinen. Ein leidenschaftliches, gegenseitiges Anklagen über die Schuld an unserem Elend, Kon-

zentrierung der extremen Kräfte rechts und links, dem einen, weil ihm die neue staatliche und soziale Ordnung nicht weit genug geht, dem anderen weil er die alte Ordnung wieder zurückholen möchte. All die üblen Charaktereigenschaften des Deutschen wirkten sich in diesem verzehrenden Kampfe aus, wir wühlten in den ewigen Wunden und empfinden eine Art Wohlbehagen daran, dem anderen die Schuld aufzubürden zu können.

Um das Gewesene gibt der Tod nichts mehr, davon wird's nicht besser. Nur unsere Feinde haben ein Interesse an dieser Selbstzerfleischung, weil sie uns von der Erkenntnis der wahren Ursache unseres Elends abhält und ihnen die Herrschaft über uns erleichtert.

An der Schwelle des neuen Jahr muß daher die Forderung stehen, daß dieser selbstmörderische Kampf des deutschen Volkes untereinander aufhört. Es muß der einen Seite einleuchten, daß verlorenes nicht zurückgeholt werden kann. Wir richten die Monarchie ohne Entfesselung des Bürgerkriegs nicht wieder auf, ebensowenig ist eine rein sozialistische und noch weniger eine kommunistische Ordnung möglich. Beide Wege führen ins Dunkel. Je stärker die eine Seite auftrumpft, um so robuster gebärdet sich die Gegenseite. Das zeigt sich deutlich auch im sozialen und im Wirtschaftsleben. Noch nie hat das Kapital ziffernmäßig solche Gewinne eingestrichen, wie in der revolutionären Welle, mit der starken Geltendmachung sozialistischer Pläne. Und trotzdem die entscheidende politische Macht bei den sozialistischen Parteien lag und noch liegt, war es ihnen nicht möglich dies zu verhindern oder auch nur einzudämmen. Vielmehr hat es den Anschein, als ob nun erst recht alle Schläusen des persönlichen Egoismus geöffnet seien.

So schwer wie das dem Einzelnen auch werden mag: Besserung ist nur zu erhoffen, wenn wir den Blick aufs Ganze lenken, wenn wir politisch resolut auf das Gegebene uns stellen und wenn wir sozial einer organischen Entwicklung die Wege bahnen helfen. Was haben die extremen Parteien für einen Vorteil davon, wenn sie bei dem Streben nach Verwirklichung ihrer Ziele uns national und politisch und damit wirtschaftlich nur noch tiefer in den Sumpf führen und was nützen uns soziale Reformen, wenn wir dabei Hunger leiden müssen. Entscheidend bleibt, daß wir uns national wieder aufrichten, daß wir unsere staatliche und wirtschaftliche Selbstbestimmung zurückerlangen. Ferner, daß wir uns durch soziale Reformen nicht blenden lassen, weil sie unter den ohwaltenden Verhältnissen nur Blendwerk sein können. Dienen tun wir heute allesamt doch nur dem ausländischen Kapitalismus, darüber dürfen sich auch unsere besitzenden Kreise nicht im unklaren sein, nur daß sie den eigenen Volksgenossen durch ihren Egoismus das Leben noch saurer machen. Das Wichtigste ist, daß wir zunächst wieder eine Stufe erreichen, wo wir uns selbst und unsern Kindern satt zu essen geben können. Das ist die Hauptsache, alles übrige ist das untergeordnete. Was muß dies ausmachen, um aus dem Nebel des Selbstbetrugs herauszukommen.

Das deutsche Volk soll es sein, für das wir kämpfen und schaffen. Die Liebe zu ihm und die Liebe zur Heimat soll uns die Hand leiten und uns die Wege zeigen, die aus dem heutigen Wirrwahl führen. Nur im nationalen Rahmen ist die Erziehung und Umgestaltung aller Volkskräfte möglich, nur von einer starken staatlichen Grundlage aus werden wir den deutschen Interessen wieder Geltung verschaffen und dem Recht und der Gerechtigkeit auch unserm Volk gegenüber Anerkennung erwirken können. Ein innerlich schwaches und hilfloses Volk ist immer ein Spielball der anderen Völker.

Innere Selbstlehre, Einsicht in das Mögliche und Unmögliche, Erkennen der wahren Ursache unseres heutigen Elends, das sind die Wünsche, die an der Schwelle des neuen Jahres stehen müssen. Das, was Kollege Stegerwald darüber auf dem Offener Kongress wie ein Spiegel dem deutschen Volke vorhielt, war für sich allein schon eine Tat. Die religiöse Erneuerung aber muß damit Hand-in-Hand gehen, weil

wir an innerer Kraft gewinnen müssen. Das gilt nicht nur für das Recht unserem eigenen Volke gegenüber, sondern auch für das der anderen Völker. Stark wird man erst dann im Recht, wenn man auch anderen Recht widerfahren läßt.

Wir haben den Blick nach vorwärts zu lenken und nicht die Ursache unserer Not und Sorge rückwärts zu suchen, sondern dort wo sie ist, nach außen. Alle Kräfte müssen angepannt werden, um einer neuen, einer besseren Zukunft die Wege zu bahnen. Stark nach außen aber ist man nur dann, wenn man stark nach innen ist. Noch nie war ein Volk verloren, das einig und geschlossen ist. Trotz und allem, was uns heute drückt, was uns fesselt und lähmt, müssen wir mit besseren Hoffnungen in das neue Jahr eintreten. Wir brauchen diese Hoffnung, um unseren Willen lebendig und stark zu erhalten. Nur nicht schwach werden.

Der christlich-nationalen Arbeiterbewegung ist in dem neuen Werden eine hohe Mission gestellt. Sie darf in diesem Ringen in keinem einzelnen Glied versagen. Sie wird nicht versagen, weil sie sich stark im Rechte fühlt, fußend auf Grundsätzen, die die Zeit überbauern, die Völker kommen und Völker gehen sehen. Mit dem Glauben an Gottes Gerechtigkeit und der Hoffnung auf den ewigen Stern, der dem neuen Aufstieg des deutschen Volkes voranleuchtet, schreiten wir gerüstet ins neue Jahr.

Jos. Becker, Berlin.

Die Heranbildung des Nachwuchses in Betrieb und Gewerkschaften*)

Die Frage der Heranbildung des Nachwuchses, die gleichzeitig auch eine Frage der Gewinnung der Jugend ist, wird in unserer Gewerkschaftsbewegung nicht erst seit kurzer Zeit erörtert. Es muß aber betont werden, daß die Jugendfrage gerade in der gegenwärtigen Zeit mit ganz besonderem Nachdruck an uns herantritt. Sei all unserer Arbeit und unserem ernstem Willen dürfen wir nicht vergeßen, daß wir in der späteren Auswirkung unserer Ideen beeinträchtigt und zum großen Teil lahmgelegt sind, wenn wir den Nachwuchs nicht gewonnen und in unserem Geiste herangebildet haben. Ohne Jugend keine Zukunft für unsere Bewegung. Aber das nicht allein, ohne in unserem Geiste herangebildete Jugend keine Zukunft für unser Volk und unsere baniederliegende Wirtschaft.

Wir als christliche Gewerkschaften stehen auf dem Standpunkte, daß in dem festen Wurzeln des Menschlichen im Berufsgedanken, in der Wertschätzung der Arbeit und in dem Aufgehen in der Berufsarbeit die besten Bürgschaften für einen gesunden wirtschaftlichen Wiederaufbau liegen. Gerade nach der Seite hin liegt aber leider die Schwäche in unserem Berufs- und Wirtschaftsleben, besonders soweit die jüngeren erwerbstätigen Kräfte in Frage kommen, sehr traurig. Der Krieg hat in unser Wirtschaftsleben sehr verworrene Zustände hineingebracht. Die Jugend wurde während des Krieges in sehr wichtige Positionen auf der Arbeitsstelle hineingedrängt, weil eben ein Mangel an älteren Arbeitskräften vorhanden war. Heute rächt sich dieser Vorgang. Die Jugend ist nicht langsam und organisch in das ganze gewerbliche Getriebe hineingewachsen, sie hat viele wichtige Positionen übernommen und entbehrt aus diesem Grunde des tieferen Einblickes in das Ganze. Entbehrt vor allen Dingen aber auch der Ehrfurcht und der richtigen Einschätzung der tiefen und großen Kräfte des beruflichen Könnens im werktätigen Leben. Dieses furchtbare große Randlo wieder gut zu machen und eine Jugend heranzubilden, welche freudig und verantwortungsvoll vorwärtstrebend im Berufe wurzelt, ist eine große Aufgabe. Gerade wir als christ-

*) Das dem Vortrag des Kollegen Otto-Böckler auf dem Gewerkschaftskongress.

liche Gewerkschaften wollen und in erster Linie berufen und fähig fühlen, den Nachwuchs im Sinne des Berufsgedankens heranzubilden und das Eindringen der Jugend in die positiven Berufswerte zu bewerkstelligen.

Die Heranbildung in Betrieb und Gewerbe

Unser Wirtschaftsleben befindet sich in einem außerordentlich traurigen Zustande. (Versallter Frieden.) Fast das einzige, was uns geblieben, ist unsere Intelligenz und unsere Arbeitskraft. Gegenüber den wirtschaftlich stärkeren Industriestaaten werden wir uns nur behaupten können, wenn wir sachlich und berufstechnisch auf der Höhe sind. In vermehrtem Maße wird es bei unsorenm wirtschaftlichen Aufbau davon abhängen, daß wir Qualitätsarbeit leisten. Die Frage vermehrten sachlichen und berufstechnischen Könnens tritt jetzt mit größtem Ernste an uns heran. Wir müssen deswegen in besonderem Maße der sachlichen Ausbildung des Nachwuchses unser Augenmerk zuwenden. Es besteht die Gefahr, daß unsere heutige Zeit mit ihren gleichmacherischen Tendenzen einer zuerst vorübergehend zwar wenig einbringenden, aber auf die Dauer doch mehr Nutzen bringenden gewerblichen Ausbildung zu wenig Augenmerk zuwenden. Der Krieg mit seiner an sich unproduktiven und schematisierenden Arbeit hat die gelernte Arbeit auf verschiedenen Gebieten zurückgedrängt. Die Revolutionszeit war einer entsprechenden Bewertung der gelernten und der Qualitätsarbeit nicht gerade günstig. Wir sehen heute in vielen Gewerbebezirken einen Mangel an gelernten Arbeitern, bzw. an gelerntem Nachwuchs. Wenn das so anhält, entwickeln sich diese Dinge zu einer Gefahr für unser Wirtschaftsleben.

Wir müssen den jungen Nachwuchs mit allen Kräften anspornen und aneignern, im Berufe etwas Tüchtiges zu leisten. Es gilt das nicht nur für die Berufe, die größtenteils eine längere Lehrzeit erfordern. Auch dort, wo nur sogenannte angeleitete oder ungelernete Arbeit in Frage kommt, spielt die Fachkenntnis und das berufliche Können eine sehr große Rolle. Es ist notwendig, daß die ganze sachliche und gewerbliche Ausbildung eine andere gesetzliche Regelung erfährt. Vor allem bedarf

das Lehrlingswesen

einer einheitlichen gesetzlichen Regelung. Die Bewusstseinsbildung und Durchführung der gewerblichen Ausbildung muß mehr wie bisher Sache der Allgemeinheit sein. Lehrzeit, Lehrprüfung, Zahl der Lehrlinge, Entlohnung, Arbeitszeit, alles das erfordert eine einheitliche Regelung. Ebenfalls die Entscheidung über Streitigkeiten aus dem Lehrverhältnis.

Der Frage der Berufsberatung muß eine viel größere Bedeutung zugewiesen werden. Schon in der Schule muß mit der Beobachtung der beruflichen Anlage der Schüler begonnen werden. Eignungsprüfungen und Feststellungen müssen sehr ausgebaut werden. Eine ausreichende Lehrstellenvermittlung muß hinzutreten.

So furchtbar auch unsere Lage ist, wir sollten uns doch hüten, den Jugendlichen die Zukunft nur grau und grau zu malen. Wir müssen bei dem jugendlichen Nachwuchs die Hoffnung auf eine bessere Zukunft säen und ihnen klar machen, daß gerade sie in erster Linie berufen sind, den deutschen Volk wieder eine bessere Zukunft zu sichern.

Neben manchem Schlimmen hat die neue Zeit den Arbeitnehmern eine freiere Arbeitsverfassung und vermehrte Rechte gebracht. Wir müssen den Nachwuchs zeitig mit den Rennerungen und Gelegenheiten (Berufswerte usw.) vertraut machen und mit dazu beitragen, daß sie aktiv in den Berufswahlprozessen mitwirken. Bei der Berufswahl der Jugend fällt der heutige Ausbildungsstand auf einen sehr günstigen Boden. Das beste Gegenmittel ist neben entsprechender Aufklärung die Heranziehung zur praktischen und verantwortungsvollen Mitarbeit in der Interessensvertretung in Betrieb und Gewerbe. Ein Zustand, der außerordentlich bedauernd ist bei der Heranbildung des Nachwuchses im Betrieb, ist das Verhältnis der Erwachsenen zu den Jugendlichen. Der erwachsene Arbeiter sollte den Jugendlichen in jeder Beziehung behilflich sein. Zunächst in der Förderung ihrer gewerblichen und sachlichen Ausbildung. Auf der Arbeitsstelle ist Vorgesetzter und sachliche Anleitung. Durch Beispiel, Einwirkung und Teilnahme muß auch das Verantwortungsgefühl der Jugendlichen gefördert werden.

Gewerkschaft und Heranbildung der Jugendlichen

Einer Heranbildung des Nachwuchses im Sinne und im Geiste der Ideenwelt unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung stellen sich manche Hindernisse und Schwierigkeiten in den Weg. Eine Ursache für diese Schwierigkeit liegt in den moralischen Verhältnissen, welche der Krieg und seine Nachwirkungen angebracht haben, und die unter dem Nachwuchs anzutreffen in die Erscheinung treten. Man muß Verständnis für diesen

Wesenszustand der heutigen Jugend haben. Man kann nicht ausschließlich die Jugend selbst dafür verantwortlich machen. Wir als christliche Gewerkschaftler müssen den Geist unseres Nachwuchses aus den Niederungen in eine höhere Sphäre hinaufziehen. Das Denken, Empfinden und Verantwortlichkeitsgefühl der Jugend muß gesteigert werden, damit der Jugend in der Allgemeinheit selbst ein Nutzen daraus erwächst. In unserem eigenen Verhalten gegenüber der Jugend müssen wir als christliche Gewerkschaftler auftreten und aus dem Geist, der in unserer Bewegung herrschen soll, das richtige Verhältnis zu dem jugendlichen Nachwuchs finden. Bei der Heranbildung des Nachwuchses dürfen wir ein Weiteres nicht vergessen; die heutige Jugend will ernst genommen sein. Keine Behandlung von oben herunter, nichts Verablassendes und Gönnerhaftes. Uns muß vor allem daran liegen, den Nachwuchs zu begeisterten Anhängern unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung zu machen. Dazu ist erforderlich, daß wir ihn in die Ideenwelt unserer Bewegung einführen. Wir müssen den Gegensatz in der Grundanschauung zwischen uns und den Extremen von links und rechts betonen, nämlich, daß wir nicht mit den Mitteln brutaler Gewalt, sondern auf dem Wege christlicher Veröhnung und des Ausgleichs wieder zu einer Gesundung kommen können. Eine weitere wichtige Aufgabe in der Heranbildung des Nachwuchses in der Gewerkschaft ist die, daß die Jugend einen tieferen Einblick in die Geschichte unserer Bewegung bekommt. Von dem gewerkschaftlichen Kämpfen und Kämpfen vor Jahrzehnten weiß unsere heutige Jugend zu wenig. Wir müssen ihnen vorstellen, unter welchen großen persönlichen Opfern die älteren Führer die Bewegung vorangebracht haben. Ueber die

Betätigung der Jugend innerhalb unserer Gewerkschaften

ist noch ein Wort zu sagen. Man kann die Form des Eigenlebens, welches den Jugendlichen in den Verbänden gewahrt werden soll, nicht für alle Verbände schematisieren. Klarheit aber dürfte darüber bestehen, daß eine richtige Anwerbung der Jugend um so erfolgreicher geleistet werden kann, je mehr wir ihrer Eigenart in der Eingliederung in den gewerkschaftlichen Bau Rechnung tragen. Die Bildung von besonderen Jugendabteilungen, die Heranbildung von besonderen Kräften, welche sich der gewerkschaftlichen und beruflichen Jugendausbildung besonders widmen, die Abhaltung von besonderen Veranstaltungen, Kurse, Herausgabe besonderer Jugendliteratur sind Mittel, welche uns dem Ziele unserer Jugendarbeit wesentlich näher bringen.

Wenn wir davon ausgehen, daß es sich bei unserer ganzen Arbeit wesentlich darum handelt, eine andere neue Wirtschaftsgestaltung zu schaffen, die ihre aufbauende schöpferische Kraft aus den großen Werten des Berufsgedankens schöpft, dann ergibt sich von selbst die Bedeutung unserer gewerkschaftlichen Arbeit in der Heranbildung des jugendlichen Nachwuchses. Wir sind uns bewußt, durch eine Heranbildung der Jugend im Sinne der Aufgaben, die neu an uns herantreten, ein gewaltiges Stück Arbeit am Wiederaufbau der Gesellschaft zu leisten.

Dabei kann die Mitarbeit der konfessionellen Jugendvereine nicht entbehrt werden. Es bedarf für unsere Jugend der innerlichen Stütze und Tragkraft durch einen geläuterten sittlichen Willen. Gerade die jütlische Erntückigung ist vor allen Dingen notwendig. Die konfessionellen Jugendvereine sind berufen, gerade auf diesem Gebiete hervorragende Arbeit zu leisten. Darum engte Zusammenarbeit mit den konfessionellen Jugendvereinen.

Gewaltig und groß liegt die Arbeit, welche wir in der Heranbildung des Nachwuchses zu leisten haben, vor uns. Neue Wege müssen beschritten werden. Nicht aus gewerkschaftsorganisatorischen Motiven heraus widmen wir uns der Heranbildung des Nachwuchses, sondern aus Pflicht- und Verantwortungsgefühl gegenüber der Jugend selbst und gegenüber dem Volksganzen. Es muß gelingen, der Jugend das Gefühl und den Willen zu wecken, verantwortungs- und hingebungsvooll aller Opfernde und Berufenenbe mitzuarbeiten am Wiederaufbau.

Die Lehrlings- und Ferienfrage vor dem Haupttarifamt

Sowohl in der Lehrlings- wie in der Ferienfrage hatten die Verhandlungen der Parteien zu einem Ergebnis nicht geführt. Von den Arbeitnehmern war daher das Haupttarifamt für das Baugewerbe angerufen worden, das am 17. und 18. Dezember über beide Streitfragen verhandelt hat.

Lehrlingsfrage: Die Arbeitgeber-Beisitzer wiesen einleitend darauf hin, daß im Reichstarifvertrag eine Mitwirkung des D. L. A. in der Lehr-

lingsfrage nicht vorgesehen sei, jedoch wollte man sich der Verhandlung nicht entziehen, um auch an dieser Stelle den Standpunkt der Arbeitgeber zu vertreten. Der geschäftsführende Unparteiische Herr Ministerialrat Wulff, überreichte die Abschrift eines Gutachtens des Herrn Reichsarbeitsministers, wonach die wesentlich-rechtliche Seite des Lehrverhältnisses der Regelung durch die Innungen und Handwerkskammern vorbehalten bleiben müsse, daß aber gegen die tarifvertragliche Vereinbarung der an die Lehrlinge zu leistenden Vergütung oder Kostenschädigung nichts einzuwenden sei. Die Arbeitgebervertreter lehnten diese Auffassung ab; sie verlangten, daß dann auch eine gütliche Auefierung des preußischen Handelsministers eingeholt würde. Seitens der Arbeitnehmervertreter wurde betont, daß nach dem Gutachten des Reichsarbeitsministers der Weg zu einer tariflichen Regelung der Lehrlingslöhne auf zentraler Grundlage frei geworden sei. Eine solche Regelung lasse sich verhältnismäßig leicht ermöglichen, wenn man nach dem Grundsätze verfahren wolle, daß die Lehrlingslöhne in ein festes Prozentverhältnis zu den Gesellenlöhnen zu setzen seien. Von den Vertretern des Arbeitgeberbundes wird eine zentral-tarifliche Regelung der Lehrlingslöhne grundsätzlich abgelehnt. Für diese Regelung seien nach den Bestimmungen des Reichstarifvertrages nur die Unterverbände, im Einvernehmen mit den Innungen, zuständig. Die Innungen seien angewiesen, die Lehrlingslöhne mit den Gesellenauschüssen zu regeln. In vielen Bezirken sei das bereits geschehen, wo es nicht der Fall sei, sei der Arbeitgeberbund auf Ansuchen bereit, einzugreifen. Die Unparteiischen erklärten schließlich, angesichts der grundsätzlich ablehnenden Haltung der Unternehmer weder einen Schiedsspruch fällen, noch einen Einigungsvorschlag machen zu können. Es müßte zunächst das Ergebnis der Verhandlungen mit den Innungen abgewartet werden. Dieser durch und durch unbefriedigende Ausgang wird mit Recht bei unseren Mitgliedern tiefe Enttäuschung hervorrufen.

Ferienfrage: Nach Ziffer V der Protokollarischen Erklärungen des R. L. B. für das Baugewerbe soll das Haupttarifamt die Ferienfrage entscheiden, falls die Parteien nicht zu einer Einigung kommen. Im R. L. B. für das Tiefbaugewerbe ist für diesen Fall vorgesehen, daß das Haupttarifamt eine Einigung versuchen soll. In dieser unterschiedlichen Fassung sieht Herr Behrens einen Vertragsbruch der am Tiefbauvertrag beteiligten Arbeitnehmerorganisationen. Ferner weist Herr Behrens darauf hin, daß auch mit dem Tiefbau bis zum 31. Dezember 1920 über die Ferienfrage verhandelt werden müßte. Das sei nicht geschehen. Er beantragte daher Vertagung und spätere Verhandlung vor einem gemeinsamen Haupttarifamt, also mit dem Tiefbauarbeitgeberverband zusammen. Arbeitnehmerseits wird darauf hingewiesen, daß Verhandlungen mit dem Tiefbau über die Ferienfrage solange als aussichtslos erscheinen mußten, als im Hochbau nicht die geringste Aussicht auf Einigung sich zeigte. Im übrigen hätten die Arbeitgeber bei den früheren Verhandlungen zugestimmt, daß die Ferienfrage in der heutigen Haupttarifamtssitzung erledigt werden sollte. Der Reichstarifvertrag für das Baugewerbe sehe aber vor, daß diese Erledigung durch Entscheidung erfolge. Schließlich möge man auf Arbeitgeberseite den Ernst der Lage nicht verkennen, der darin liegt, daß die gesamte Bauarbeiterchaft leidenschaftlich die Ferien fordert. Würde eine befriedigende Lösung an dem starren Klein der Arbeitgeber scheitern, dann könnte leicht eine Stimmung die Oberhand gewinnen, die das ganze Tarifvertragswerk als wertlos beiseite werfen wollte. Die Unparteiischen gaben nach Sonderberatung folgende Erklärung ab: Die Unparteiischen sind der Ansicht, daß die Arbeitgeber nach dem Reichstarifvertrage nicht nur gehalten sind, zu verhandeln, sondern auch eine Entscheidung des R. L. B. hinzunehmen. Da aber alle sachlichen Gründe dafür sprechen, daß die Ferienfrage für den Hoch- und Tiefbau einheitlich geregelt wird, empfiehlt es sich, gemeinsam mit dem Tiefbau zu verhandeln. Zu diesem Zweck soll Anfang Februar eine gemeinsame Sitzung der Haupttarifämter für das Baugewerbe und das Tiefbaugewerbe stattfinden. Die beiderseitigen Parteien machen bis dahin Vorschläge und tauschen sie gegenseitig aus. Der zu Informationszwecken aufzufende Vertreter des Tiefbauarbeitgeberverbandes konnte eine Erklärung über die Stellungnahme seines Verbandes zu einer gemeinsamen Verhandlung noch nicht abgeben, es darf aber angenommen werden, daß sie im zustimmenden Sinne erfolgt. Von den Vertragsparteien des R. L. B. für das Baugewerbe ist die Beteiligung bereits zugesagt. Hoisentlich kommt eine befriedigende Lösung zustande.

Ueber die übrigen Punkte der Haupttarifamtssitzung können wir kaum etwas mehr sagen als in der nächsten Nummer der Baugewerkschaft berichten.

Die Arztfrage in den Krankenkassen

Ein Allgemeiner deutscher Krankenkassentag fand am 2. Dezember in Berlin im Lehrervereinshaus statt. Die Vertreter der Krankenkassenverbände aller Art, die an 16 Millionen Versicherte in sich vereinigen, waren erschienen, ebenso Vertreter der Behörden, der Parlamentsfraktionen, der Unternehmer-, Arbeiter- und Angestelltenorganisationen. Dem einleitenden Referat des Geschäftsführers Helmut Lehmann, Dresden, über die Neuordnung des ärztlichen Dienstes in der Krankenversicherung folgte eine umfangreiche Aussprache, an der sich namentlich die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenvereine sowie die Kassenvorsteher in zustimmendem Sinne beteiligten. Sodann faßte der Kongreß folgende Entschliebung:

„Der schon Jahrzehnte währende, in den schroffsten Formen geführte Kampf der Ärzte gegen die Krankenkassen hat in dem im Mai 1920 unter Vertragsbruch eingeleiteten allgemeinen Streik der Ärzte seinen Höhepunkt erreicht. Dieser Kampf schädigt die Volksgesundheit und die Krankenkassen aufs schwerste, insbesondere hindert er die allgemeine Einführung der freien ärztlichen Behandlung der versicherungsfreien Familienangehörigen.“

Die wiederholten Versuche der Kassenverbände, durch zentrale Vereinbarungen den Frieden oder wenigstens ein erträgliches Verhältnis mit den Ärzten herzustellen, müssen als endgültig gescheitert angesehen werden. Der Ärzteverband ist nicht vertragsfähig, weil die ihm angeschlossenen Ärztevereinigungen vielfach die Gefolgschaft verweigern. Vertlich erkennen die Ärzte von den Vereinbarungen häufig nur das als bindend an, was für sie günstig ist. Auch der Ärzteverband hält sich nicht an Vereinbarungen oder gibt ihnen eine Auslegung, die mit ihrem Wortlaut und ihrem klaren Sinn nicht zu vereinigen ist. Nach jeder unter den schwierigsten Verhandlungen und unter Drohungen der Ärzte zustande gekommenen Vereinbarung entstehen den Krankenkassen neue Schwierigkeiten, neue Kämpfe, so daß sie nicht zur Ruhe kommen.

Der Kernpunkt der Arztfrage liegt in der ungleichen Behandlung der Kassen und Ärzte durch das Gesetz. Es legt zwar den Kassen die Verpflichtung auf, ihren Mitgliedern ärztliche Behandlung zu gewähren, setzt sie aber keineswegs in den Stand, diese Leistung auch zu angemessenen Bedingungen zu erlangen. Das Gesetz gibt den Ärzten ein Monopol auf ärztliche Behandlung der Versicherten, überläßt es jedoch dem Ermessen der Ärzte, ob und unter welchen Bedingungen sie für die Kasse tätig sein wollen. Diese Monopolstellung wird von den Ärzten in rücksichtsloser Weise ausgenutzt.

Die heute versammelten Vertreter aller Kassentypen, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, ohne Unterschied der parteipolitischen Stellung, fordern daher nachdrücklichsten Schutz der Kassen durch die Gesetzgebung nach folgenden Grundsätzen:

1. Die Vorzugsstellung der Ärzte muß beseitigt werden. Sobald bei den Kassen die ärztliche Versorgung gefährdet ist, müssen die Kassen ohne weiteres berechtigt sein, an Stelle der ärztlichen Behandlung eine Varteilung zu gewähren. In Verbindung hiermit ist der § 30 der Reichsgewerbeordnung dahin abzuändern, daß die Ärzte, wenn sie die Behandlung übernehmen, verpflichtet sind, Versicherte zu den Mindestsätzen der amtlichen Gebührenordnung für Ärzte zu behandeln.
2. Zur Verbesserung der Krankenbehandlung muß den Krankenkassen insbesondere die Errichtung von ärztlich geleiteten Behandlungspunkten (Ambulatorien u. dgl.) erleichtert werden.
3. Die Zulassung der Ärzte zur Kassentätigkeit muß nach dem Grundsatz der Bedarfsdeckung geregelt werden. Die Kassen dürfen nicht aus Rücksicht auf ärztliche Erwerbs- und Berufsinteressen gezwungen werden, mehr Ärzte zuzulassen, als zur guten Behandlung der Kranken erforderlich sind. Durch die von dem Ärzteverband geforderte schrankenlose Zulassung der Ärzte zur Kassentätigkeit wird der ungesunde Zudrang zum Arztberufe nur gefördert.
4. Zur Förderung eines gedeihlichen Zusammenwirkens sind Schiedsausgänge bei den Versicherungsämtern, Schiedsämtern bei den Oberversicherungsämtern und ein Zentralschiedsamt beim Reichsarbeitsministerium zu errichten.

Die geldliche Lage der Kassen ist infolge der gewaltigen Verteuerung aller Fürsorgeleistungen bedrohlich. Da aber die Höhe der Kassenausgaben von den Ärzten

Am 1. Januar ist der erste Lohnbeitrag für das Jahr 1921 fällig.

ausschlaggebend beeinflusst wird, richtet der Allgemeine deutsche Krankenkassentag an Reichsregierung und Reichstag die dringende Bitte, die Arztfrage unverzüglich auf obiger Grundlage zu ordnen.“

Allgemeines

Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1921 ist erschienen. Dem viel empfehlende Worte mit auf den Weg zu geben, dürfte sich erübrigen. Von Jahr zu Jahr hat sich unser Jahrbuch einer steigenden Beliebtheit in den Kreisen unserer Mitglieder erfreut. Was das neue Jahrbuch anbetrifft, so hat es gegenüber den letzten Kriegsausgaben um ein Bedeutendes gewonnen. Neuere Ausstattung und innerer Gehalt harmonisieren wieder auf das Beste. Der reichhaltige Inhalt trägt namentlich der neueren Gesetzgebung Rechnung. Gediegene Aufsätze unterrichten über das Betriebsrätegesetz, über den Reichswirtschaftsrat, über Wirtschaftsformen und Wirtschaftsreformen, über Wohnungsfragen, über Erwerbslosenfürsorge, über Wirtschafts- und Steuergesetze, über die Einkommensteuer und vieles andere. Jeder Volle lege kaufe und lese selbst. Man wird dann bestätigt finden, daß das neue Jahrbuch ein schlechterdings nicht zu entbehrendes Nachschlagewerk darstellt. Der Preis des Jahrbuchs in starkem, dauerhaftem Pappeinband stellt sich auf 3,50 M.; einfach geheftet kostet es nur 2,50 M. Die Anschaffung der billigen Ausgabe möchten wir aber nicht empfehlen. Die Kollegen sind gewöhnt, das Jahrbuch als Taschennotizbuch ständig mit sich zu führen, dann muß es auch einen dauerhaften Einband haben. Man scheue also im eigenen Interesse die geringe Mehrausgabe nicht und wähle die bessere Ausgabe. Bestellungen, die zweckmäßig für ganze Verwaltungsstellen oder Ortsgruppen gesammelt werden, wolle man nicht an den Hauptverlag, sondern unmittelbar an den Gewerkschaftsverlag, Köln (Rhein), Venloerwall 9, richten.

Erhöhung der Invalidenrenten und Witwenrenten bereits mehrfachen, jedoch immer unzulänglichen Erhöhungen der Invalidenrente soll vom 1. Januar ab eine weitere Erhöhung folgen. Für Empfänger einer Invaliden-, Alters-, Witwen- oder Waisenrente soll die neue Erhöhung monatlich 40 M. für Empfänger einer Waisenrente 20 M. betragen. Personen, die schon auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes oder anderer Militärversorgungsgesetze eine Versorgung erhalten, wird die neue Erhöhung der Invalidenrente nicht gezahlt. Zur Deckung der Aufwendungen für diese Beiträge werden die Beiträge zur Invalidenversicherung zum doppelten Geldwert berechnet. Bei Erstattung und Umtausch von Beiträgen kommt jedoch nur der einfache Nennwert zur Auszahlung. Zusatzmarken sollen auch zukünftig zum einfachen Nennwert verkauft werden, während der Preis aller Pflichtmarken verdoppelt wird.

Was, teurer Freund, ist alle Theorie oder: Die sozialistische Permittenz rückt in der Praxis. Wir lesen in der „Germania“: Theorie und Praxis bei der Sozialdemokratie sind bekanntlich zwei ganz verschiedene Dinge. Früher hat die Sozialdemokratie in allen Parlamenten nur gesehnet, weil sie keinerlei Verantwortung zu tragen hatte. Als sie da oder dort in Einzelparlamenten, besonders in Stadtvormalungen entscheidenden Einfluß erhielt, wurde sie vorsichtiger. Und als ihr gar die entscheidende Verantwortung in der Regierung zufiel, paßte die Praxis ganz zu ihr nicht mehr zu ihren jahreslang verarbeiteten Theorien. So geht's auch in Berlin, wo drei sozialdemokratische Parteien die Mehrheit haben und auch der Bürgermeister und Magistrat von sozialistischer Art. Dieser Tag las man die von dem sozialistischen Bürgermeister geäußerte Magistrateverfügung, daß mit Rücksicht auf die erste finanzielle Lage Berlins alle Ausgaben für die unentgeltliche Verpflegung von Schul- und Permittenten gestrichen werden sollen. Armer Heinrich Schulz mit seinen sozialistischen Theorien! Was forderte er nicht alles in seinem Buch „Die Schulreform der Sozialdemokratie“. Man liest da, daß Klassen von fünf bis zehn Schülern geschaffen werden müßten, er bemerkt, daß auf dem schnellsten Wege die Klassenüberfüllung beseitigt werden müsse. Schulz fordert weiter die „unentgeltliche Verpflegung aller (!) Schüler“ und zwar „auch für die höheren Schulen“ (S. 85). Er will Speisefälle an die Schulen anschließen. Sogar die Kleidung soll auf Staatskosten für die Schüler geliefert werden (S. 72). Selbstverständlich wird gefördert Unentgeltlichkeit der Lehr- und Lernmittel (S. 77). Das schulpflichtige Alter will Schulz auf das dritte Jahr herabgesetzt wissen und weiter obligatorische Fortbildungsschulen mit „eigenen Schulhäusern und Lehrkräften“. Auch diese sollen alle Vergünstigungen erhalten. Sehr einfach denkt sich Schulz die Ausführung. „Es muß in allen Staaten angestrebt werden, daß die gesamten Schulkosten auf den Staat übernommen werden“ (S. 216). Das alles und noch vieles andere konnten Theoretiker Schulz und sein Anhang fordern, weil die Deckung der Kosten von anderen Parteien überlassen blieb. Je mehr man fordert, um so populärer war man bei der Masse und um so viel mehr konnte man auf die „bürgerlichen Parteien“ schimpfen. Jetzt sieht man selbst in der Regierung, jetzt hat man einen sozialdemokratischen Kultusminister, jetzt hat man in Berlin einen sozialdemokratischen Bürgermeister und dito Magistrat, und nun kommt — nicht die Ausführung der jahrelang verprochenen theoretischen

Pläne, sondern man „amst ab“, es kommt das Betriebsmittel unentgeltlich abzugeben. Ja, ja, die Herren ändern sich und die Sozialdemokratie reißt, links und in der Mitte auch!

Zur Frage des Steuerabzuges vom Lohn oder Gehalt. Das Landesfinanzamt in Darmstadt hat vor einiger Zeit bekanntgegeben, daß auch vom Einkommen der Ehefrau, wenn sie ständig beschäftigt ist, 30 M. wöchentlich vom Steuerabzug frei bleiben. Das badische Landesfinanzamt nahm einen ähnlichen Standpunkt ein. Um in dieser so sehr verschiedenen gehandhabten Frage volle Klarheit zu schaffen, hat sich die Bezirksleitung des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter in Heidelberg an das Landesfinanzamt in Karlsruhe um eine schriftliche Auskunft gewandt. Unterm 13. November lief folgende Antwort ein:

„Die Auskunft des Landesfinanzamtes Darmstadt trifft zu. Auch bei der Ehefrau, wenn sie selbst ständig beschäftigte Arbeitnehmerin ist, und ihr selbst der Steuerabzug gemacht wird, vom Wochenlohn 30 M. abzugsfrei zu lassen. Daneben dürfen dem abzugsfreien Teil des Lohnes des Ehemannes für die Ehefrau 10 M. für die Woche zugeschlagen werden.“

Dazu bemerkt das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“: Hiernach wären also für die Frau nicht nur 30 M. von ihrem eigenen Einkommen abzugsfrei zu belassen, sondern auch noch beim Manne 10 M. für die Frau, also insgesamt für die Ehefrau, wenn sie Lohnempfängerin ist, 40 M. wöchentlich. Da nach dem Reichseinkommensteuergesetz für den Mann 1500 M. und für die Frau und Kinder nur 500 M. jährlich steuerfrei bleiben, so ist nicht recht klar, wie die Steuerbehörde bei der endgültigen Veranlagung verfahren wird, oder besser, wie sie die nachzuversteuernden Beträge hereinbekommen will. Der Freiheit beträgt nach der Auskunft des Landesfinanzamtes 70 M. die Woche, oder jährlich 3500 M., während nach dem Gesetz nur 2000 M. für Mann und Frau steuerfrei bleiben.

Rückständige Guthaben der Heimkehrer.

Das Abwicklungsamt, Abteilung für Kriegsgefangenenchutz und Heimkehr, gibt folgendes bekannt: Die Auszahlung der aus Kriegsgefangenschaft rückständigen Guthaben der Heimkehrer ist a) bezüglich des Arbeitslohnes abhängig von dem Eingang der fremdstaatlichen Guthabenlisten und b) bezüglich des Bargeldes (Postgeld usw.) von dem Eingang des Geldes nebst zugehörigen Listen.

Die Listen müssen zunächst hier geprüft und durch Zufuß des Truppenteils und der Heimatanschrift vervollständigt werden.

Diese Maßnahme ist im Interesse der Empfänger nicht zu umgehen, beantragt aber eine gewisse Zeit.

Die Abfindung der Gelder an die Heimkehrer geschieht dann ohne weiteres Zutun durch die Zweigstelle der General-Kriegsstufe Berlin SW 19, Unterwasserstr. 7, die täglich mehrere Hundert Zahlungen an die Heimkehrer erledigt. Eine von der englischen Regierung über rund 43 326 Pfund eingegangene Guthabenliste ist bereits zum größten Teil ausgezahlt.

Ferner sind von England und Frankreich größere Darlehen von Guthaben angekommen.

Die Zweigstelle ist zur Auszahlung dieser Geldsumme angewiesen worden, was naturgemäß längere Zeit in Anspruch nimmt. Vom Januar 1921 ab wird allmonatlich über die Auszahlung von Guthaben in dem als Verbandsblatt der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener erscheinenden „Heimkehrer“ Mitteilung erfolgen.

Deutsche Bauhandwerker in Holland

Der Arbeitgeberverband im Haag in Holland hatte sich im Herbst an unsere Organisationsleitung in Köln, sowie an den christlichen Holzarbeiterverband gewandt und deutsche Stukkateure, Fußer, Maurer, Zimmerer, Einrichter und Bauhelfer nach dem Haag in Holland gewünscht. Lediglich die Tatsache, daß auf Grund des niedrigen Standes der deutschen Markt sich für deutsche Arbeiter die Gelegenheit bot, einen neuen Groschen Geld zu verdienen und vorhandene Arbeitslose auf Arbeitsgelegenheit aufmerksam zu machen, veranlaßte uns, die Vermittlung zu übernehmen. Das Arbeitsamt in Holland hat sich dann, als deutsche Arbeiter in größerer Zahl zuweilen, dagegen gewandt, daß die vom Arbeitgeberverband gewünschten tausend deutschen Bauhandwerker einreisen, da man befürchtete, daß wegen der unruhigen Winterzeit einheimische Bauhandwerker arbeitslos werden könnten. In Holland besteht die staatliche Arbeitslosenunterstützung, die nach dreitägiger Wartezeit 21 Gulden pro Woche beträgt. Die holländische Regierung hat dann auch nur für 400 deutsche Bauhandwerker die Einreisebewilligung erteilt. Außerdem hat die holländische Regierung nicht die Einreisebewilligung nach der Reihenfolge der von uns auf Namenslisten Gemeldeten erteilt, sondern von den einzelnen Listen hatte man einzelne ausgesucht. Wegen dieses Auswählens hatten wir Beschwerde eingelegt, aber ohne Erfolg. So erklärt es sich, wie es gekommen ist, daß nicht allen, die sich nach Holland gemeldet hatten, die Einreisebewilligung erteilt ist. Einige Kollegen haben geglaubt, es liege Bevorzugung vor seitens unserer Leitung in Köln. Auf die Bewilligung der Einreise durch die Regierung im Haag in Holland hatten wir von Deutschland aus keinen Einfluß.

Die Kollegen, die im Haag arbeiten, finden die Verhältnisse in Holland nicht ideal. So wie in Deutschland die Verhältnisse geordnet sind, haben sie es im Haag nicht angetroffen. Die Arbeitsweise ist durch die vorherrschende Akkordarbeit ausgeartet. Bauhuden und Bauarbeiter schub, wie wir ihn in Deutschland haben, kennt man in Holland nicht. Ueblich ist es in Holland, tagsüber mit Butterbrot durchzuhalten, wobei der erwärmende Kaffee fehlt. Wenns wird dann die Hauptmahlzeit gehalten. Der Wand- und Deckputz wird auf eigene Art hergestellt,

und zwar fast durchweg abgelehnt, also abgestudt. Die ...

Sollten noch Einreisebewilligungen erteilt werden, dann bekommen die betreffenden Kollegen schriftlich Nach- richt.

Wesentlichen Kollegen, für die die Einreise bewilligt war, die dann aber nicht nach Holland gefahren sind, ersuchen wir, eine schriftliche Bestätigung an unser Verbands- bureau in Köln zu senden.

A. Lange, Köln a. Rh., Venloerwall 9.

Wirtschaftliche Bewegung

Lohnerhöhung im Feuerungs- und Schornstein- baugewerbe

Laut Reichstarifvertrag für das Feuerungs- und Schornsteinbauergewerbe besteht für die in diesen Gewerben beschäftigten Arbeitnehmer im gesamten Reichsgebiet der Einheitslohn.

Nach dem neu erfolgten Festsetzungen des Hochbau- mauerlohnes in den sechs angeführten Städten beträgt jetzt der Grundlohn 6,25 M.

Da auch die Reiseentschädigung vom ermittelten Grundlohn abhängig ist, hat auch diese eine Erhöhung erfahren. Sie beträgt jetzt 12,50 M.

Wir haben in Vorstehendem andrücklich nur die Lohn- erhöhungen mitgeteilt, die bereits endgültig fest- stehen.

Die Delegierten erstatteten Bericht über die Zahl der in unseren Sektionen organisierten Poliere und Schach- meister, über die Agitationserfolge, über die Unzufrieden- heit der Poliere wegen der Tarif der Arbeitgeberverbände.

Die Ansprache ergab Einigkeit darüber, daß die Agitation mit Hochdruck betrieben werden müsse.

Beisitzungen wurde, die Abgrenzung der Verwaltungs- stellen der Poliere im allgemeinen und der Abgrenzung der Verwaltungsstellen des Verbandes im rheinischen Bezirk anzunehmen.

Es herrschte Einstimmigkeit darüber, im engsten Zu- sammenhang mit den Verwaltungsstellen der Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter zu arbeiten.

Die Berechnung der Beitragssätze soll nur mit den Kassierern der bisherigen Verwaltungsstellen erfolgen.

Die Delegierten erstatteten Bericht über die Zahl der in unseren Sektionen organisierten Poliere und Schach- meister, über die Agitationserfolge, über die Unzufrieden- heit der Poliere wegen der Tarif der Arbeitgeberverbände.

Die Ansprache ergab Einigkeit darüber, daß die Agitation mit Hochdruck betrieben werden müsse.

Beisitzungen wurde, die Abgrenzung der Verwaltungs- stellen der Poliere im allgemeinen und der Abgrenzung der Verwaltungsstellen des Verbandes im rheinischen Bezirk anzunehmen.

Es herrschte Einstimmigkeit darüber, im engsten Zu- sammenhang mit den Verwaltungsstellen der Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter zu arbeiten.

Die Berechnung der Beitragssätze soll nur mit den Kassierern der bisherigen Verwaltungsstellen erfolgen.

Die Delegierten erstatteten Bericht über die Zahl der in unseren Sektionen organisierten Poliere und Schach- meister, über die Agitationserfolge, über die Unzufrieden- heit der Poliere wegen der Tarif der Arbeitgeberverbände.

Die Ansprache ergab Einigkeit darüber, daß die Agitation mit Hochdruck betrieben werden müsse.

Beisitzungen wurde, die Abgrenzung der Verwaltungs- stellen der Poliere im allgemeinen und der Abgrenzung der Verwaltungsstellen des Verbandes im rheinischen Bezirk anzunehmen.

Es herrschte Einstimmigkeit darüber, im engsten Zu- sammenhang mit den Verwaltungsstellen der Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter zu arbeiten.

Die Berechnung der Beitragssätze soll nur mit den Kassierern der bisherigen Verwaltungsstellen erfolgen.

Die Delegierten erstatteten Bericht über die Zahl der in unseren Sektionen organisierten Poliere und Schach- meister, über die Agitationserfolge, über die Unzufrieden- heit der Poliere wegen der Tarif der Arbeitgeberverbände.

Durch den Anschluß an die sozialdemokratischen Gewerkschaften hat der Bund den Boden der Neutralität auf- gegeben und dadurch das Kartellverhältnis mit unserem Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands ge- rissen.

Sollten noch Einreisebewilligungen erteilt werden, dann bekommen die betreffenden Kollegen schriftlich Nach- richt.

Wesentlichen Kollegen, für die die Einreise bewilligt war, die dann aber nicht nach Holland gefahren sind, ersuchen wir, eine schriftliche Bestätigung an unser Verbands- bureau in Köln zu senden.

A. Lange, Köln a. Rh., Venloerwall 9.

für Poliere und Schachtmeister zu stellen. Die Kollegen sollen ...

Sollten noch Einreisebewilligungen erteilt werden, dann bekommen die betreffenden Kollegen schriftlich Nach- richt.

Wesentlichen Kollegen, für die die Einreise bewilligt war, die dann aber nicht nach Holland gefahren sind, ersuchen wir, eine schriftliche Bestätigung an unser Verbands- bureau in Köln zu senden.

A. Lange, Köln a. Rh., Venloerwall 9.

Briefkasten der Redaktion

In letzter Zeit mehren sich wieder die Berichte, bei denen das Papier auf beiden Seiten beschrieben ist. Das ist unzulässig.

Bekanntmachung

Hindenburg, Oberschlesien Ortsgruppe der Poliere, Wert- und Schachtmeister Generalversammlung Dienstag, 4. Januar 1931.

Sterbetafel

Am 23. November starb unser liebes Mitglied Peter Welter im Alter von 59 Jahren an Magen- leiden. Ortsgruppe Wiedberg bei Oberath.

Deutschen Volks- und Feuer-Versicherung

bei angemessenen Prämien. Angebote an die Bezirksleitung Joh. Gg. Gehring in Rohrbach (Pfalz) bei St. Ingbert senden.